

Kurzmeldungen Dezember 2011

EU gegen Teersand-Öl

Zur Errichtung von Teersandgruben wird in Kanada derzeit großflächig Wald abgeholzt. Ölhaltiger Sand wird abgegraben und das Öl mit großem Energieeinsatz und mit Chemikalien aus dem Sand gewaschen. Die Emissionen, die entstehen, wenn Benzin oder Diesel aus Teersand gewonnen werden, sind viel größer als jene herkömmlicher Treibstoffe. Die Treibstoffqualitäts-Richtlinie der EU sieht nun aber vor, dass die CO₂-Emissionen aus der Produktion von Benzin und Diesel bis 2020 um 6% verringert werden müssen. Die kanadische Ölindustrie hat bisher vergeblich versucht, dass für die Treibstoffrichtlinie die volle Klimabelastung angerechnet wird. Jetzt sind die EU-Mitgliedsstaaten an der Reihe, dem Vorschlag der Kommission zuzustimmen.
Quelle: oekonews.at, Sonnenseite.com, 9.10.11

Fukushima

Die Internationale Atombehörde (IAEA) in Wien ging in ihrem Fukushima-Bericht vom Juni von einer radioaktiven Freisetzung von 15 Peta-Bequerel aus. Nach einer neuen Studie eines internationalen Forscherteams wurden die auf den Pazifischen Ozean hinausgewehten Emissionen nicht genügend berücksichtigt. Insgesamt sind laut der Studie 35,8 Peta-Bequerel (Billiarden Becquerel) des gefährlichen, weil langlebigen Nuklids Cäsium 137 freigesetzt worden. Damit liegt der Fukushima-Unfall in der Größenordnung des Super-GAU von Tschernobyl. Danach beträgt die in Fukushima freigesetzte Cäsium 137-Menge rund 42 Prozent der Tschernobyl-Fracht. Über dem Festland gingen nur knapp 20% der radioaktiven Emissionen nieder. Allerdings während und nach der Periode mit der stärksten Cäsium137-Freisetzung am 14. und 15. März sei die radioaktive Wolke über Festland getrieben, wo sie ausregnete.
Die Atombehörde in Tokio bestätigte laut AKW-Betreiber Tepco, dass eine Zeltkonstruktion hergestellt wurde, die den Austritt von Radioaktivität verringern soll. Die Arbeiten dazu hatten mehr als fünf Monate gedauert. Auch die Reaktoren 2 bis 4 sollen solche Abdeckungen bekommen. Die endgültige Stilllegung des zerstörten AKW wird laut einem Expertenkomitee der Regierung jedoch noch mindestens 30 Jahre dauern.
Quelle: Klimaretter.info, sonnenseite 31.10.11

Kinderkrebs um AKW

Kleinkinder im Nahbereich von Atomkraftwerken haben ein um 44 % erhöhtes Risiko an Leukämie zu erkranken. Das belegt eine Metaanalyse des Wissenschaftlers Dr. Alfred Körblein. Die gemeinsame Auswertung von Daten aus Deutschland, Großbritannien und der Schweiz zeigt im 5km-Bereich eine signifikant um 44 % erhöhte Leukämierate gegenüber der Rate im Entfernungsbereich größer als 5 km.
Die bei einem Brennelementwechsel immer erhöhten Abgaben von radioaktiven Partikeln und Gasen in die Umgebung könnten das beobachtete Leukämierisiko für Kinder im Nahbereich der Atomkraftwerke erklären. Deshalb sollten auch die Spitzenwerte und Halb-Stundenwerte der AKW-Emissionen öffentlich gemacht und der kritischen Forschung zur Verfügung gestellt werden. Bisher sind nur gemittelte und damit beschönigte Werte der Emissionen veröffentlicht. Die Spitzenwerte werden immer noch als Betriebsgeheimnis der

AKW-Betreiber behandelt. Die IPPNW fordert die Bundesregierung in einer Petition auf, den Strahlenschutz um Atomkraftwerke zu verbessern und dabei das Risiko von noch ungeborenen Kindern im Mutterleib zu berücksichtigen.

Quelle: IPPNW 4.8.11.

AKW-Planungen in Polen

Polen will ein Atomenergieprogramm starten. Sogar der Einstieg in die Wiederaufarbeitung und in die Schnelle-Brüter-Technologie sind beabsichtigt. Dafür wurde jetzt ein grenzüberschreitendes Strategisches Umweltprüfungsverfahren (SUP) gestartet.

Quelle: bmu.de, 5.10.11

Munitionsdepot unter alter Atomanlage entdeckt

Unter einer alten französischen Atomanlage haben Bauarbeiter ein Munitionsdepot mit 253 Granaten aus dem Ersten Weltkrieg entdeckt. Sie lagerten auf dem Gelände der nationalen Atomenergiebehörde CEA in Grenoble. Nach deren Angaben waren die Sprengkörper beim Abtragen leicht kontaminierter Erde im Innenhof einer ehemaligen Aufarbeitungsanlage für atomare Abfälle entdeckt worden.

Quelle: dpa 14.10.11

Antibiotikaeinsatz in der Tiermast

Schweine erhalten nach Zahlen des Bundesinstituts für Risikobewertung (BfR) im Laufe ihres etwa 5-monatigen Lebens 5,9 mal Antibiotika. Für Geflügel gibt die Bundesregierung keine Zahl an. Aber auch zu den Zahlen aus Niedersachsen - nach denen Masthähnchen in ihrem ca. 32-tägigen Leben 2,3 mal Antibiotika erhalten, will sie sich nicht äußern, da diese nicht repräsentativ seien.

Die Bundesregierung bestätigt, dass MRSA-Keime in konventionellen Großställen häufiger vorkommen, als in biologischer Haltung. Die Zusammenhänge würden weiter untersucht. Sie bestätigt ebenfalls MRSA-Vorkommen im Stallstaub. Sie kennt keine konkreten Ergebnisse bezüglich von MRSA in Abluft von Tierhaltungsanlagen, obwohl gerade eine Studie der Uni Utrecht eine erhöhte Zahl von MRSA-Keimen in der Luft in 1km in der Umgebung von Tierfabriken nachgewiesen wurde.

Quelle: DNR Redaktionsbüro, SZ 20.9.11

EU-Agrarreform

Die EU-Kommission hat ihre Pläne für eine künftige gemeinsame Agrarpolitik (CAP) vorgelegt. Über die tatsächliche Höhe der Mittel und ihre Verwendung wird voraussichtlich noch bis 2013 zwischen den Mitgliedsstaaten (Rat) und den Europaabgeordneten verhandelt. 2010 wurden über 58 Mrd Euro aus dem EU-Agrarhaushalt an Landwirte und Unternehmen in den 27 EU-Staaten ausgezahlt. Deutsche Agrarhilfe-Empfänger erhielten im vergangenen Jahr 7 Mrd Euro.

Das bisherige Zwei-Säulen-Modell der Agrarförderung bleibt erhalten, doch wird das bisherige System der Direktzahlungen in ein Prämienmodell überführt. Künftig sollen Landwirte eine Basisprämie erhalten, die durch zusätzliche Umwelt-Prämien (bis zu 30%) ergänzt wird, wenn die Landwirte bestimmte ökologische Leistungen erbringen. Dies ist noch sehr umstritten.

Bei der Förderung der ländlichen Entwicklung (zweite Säule) soll die Umweltkomponente

mindestens auf dem derzeitigen Niveau gehalten werden.

Die Betriebsprämien sollen ab 150.000 Euro pro Jahr stufenweise gekürzt (Degressivität) und auf 300.000 Euro pro Betrieb und Jahr begrenzt werden (Deckelung). Allerdings wird es für jeden Betrieb einen Freibetrag in Höhe seiner Lohnkosten geben. Deutschland lehnt eine Deckelung der Beihilfen ab, obwohl weniger als 100 Betriebe davon betroffen sein würde.

Künftig soll die Einkommensgrundsicherung nur aktiven Landwirten gewährt werden. Bisher wurden EU-Agrargelder auch an Empfänger gezahlt, die mit der Landwirtschaft direkt nichts zu tun hatten. Das betrifft zum Beispiel Beihilfen an Golfplätze, Eisenbahngesellschaften, Versicherungsunternehmen oder Flughäfen. Mit den neuen Regeln soll das ab 2014 verhindert werden.

Der WWF stellte dazu fest: Die ehemals ambitionierten Pläne von EU Kommissar Dacian Ciolos, die üppigen Subventionen an die europäischen Bauern an Umweltauflagen zu koppeln wurde in weiten Teilen wieder zurückgenommen. Immerhin könnten die Einkommenszahlungen ab 2014 an so genannte Begrünungskomponenten gekoppelt sein. Bei Nichteinhaltung könnten den Landwirten die Direktzahlungen gestrichen werden.

Quelle: euractiv.de 12.10.11, WWF 13.10.11

Legehennen-Vorschriften

Nachdem das Bundesverfassungsgericht Ende 2010 die sogenannte Kleingruppenhaltung in Käfigen für Legehennen untersagte und eine Neuregelung der Haltungsvorschriften bis März 2012 forderte, hat Bundesministerin Ilse Aigner im Mai 2011 einen entsprechenden Gesetzentwurf vorgelegt. Danach soll es eine lange Übergangsfrist für bestehende Kleingruppenkäfige noch bis zum Jahr 2035, also noch rund 25 Jahre, weiterbetrieben werden dürfen. Dies lehnte der Bundesrat ab. Für existierende Kleingruppenkäfige gebe es nun vorerst keinen Bestandsschutz nach dem 31. März 2012 mehr. Sondervorschriften für Käfighaltung müßten dann auf Landesebene erlassen werden oder sind abgeschafft. Derzeit leben etwa 18% der Legehennen in Käfighaltung. Grundsätzlich sind nun noch Freiland-, Boden- und Ökohaltung erlaubt.

Quelle: tierrechte.de, dpa 12.10.11

Lebensmittel-Spekulation

Die Preise für wichtige Rohstoffe unserer Lebensmittel seit Anfang 2011 doppelt so teuer wie vor zehn Jahren. Allein im Jahr 2010 sind die Nahrungsmittelpreise um ein Drittel gestiegen. Dadurch seien 40 Millionen Menschen in absolute Armut gestürzt worden. Foodwatch veröffentlichte, daß Investmentbanken und Pensionsfonds bis Anfang des Jahres 600 Mrd Dollar in Wetten auf Rohstoffpreise gesteckt hätten. Die Rohstoffbörsen treiben die Preise hoch. Bei 80% des Handels geht es um Termingeschäfte. Mittlerweile haben auch Investmentbanken richtige Getreidelager. Wer mit seinen Orders spekuliert und wer wirklich Getreide kaufen möchte, sei schwer zu sagen.

Quelle: dradio.de 18.10.11

Versuchstiere

Die aktuell herausgegebene Statistik des Bundeslandwirtschaftsministeriums zeigt: Die Versuchstierzahlen sind auch 2010 weiter gestiegen. Gegenüber dem Vorjahr sind es 2,5% bzw. 69.881 Tiere mehr. Insgesamt wurden 2.856.316 Tiere in Tierversuchen

verbraucht und getötet.

Der Bundesverband Menschen für Tierrechte kritisierte besonders den enormen Anstieg des Tiereinsatzes in der Gentechnik, der im Wesentlichen auf die nicht zweckgebundene Grundlagenforschung zurückzuführen ist.

Gegenüber dem Vorjahr sind die Zahlen der gentechnisch veränderten Tiere um knapp 115.000 auf 722.793 gestiegen. Das macht ca. ein Viertel der Gesamtzahl aus. Der Bundesverband betont, dass die Anzahl im Bereich Gentechnik noch weitaus höher sei, da lediglich die Tiere gezählt werden, bei denen die Genmanipulation gelang und die dann in weiteren Tierexperimenten eingesetzt wurden.

Die Vielzahl misslungener Versuche sowie „Vorrattiere“ bei Züchtern und Laboren werde nicht erfasst. Mehr als 97% der Tiere sind genmanipulierte Mäuse, die vor allem in der Grundlagenforschung, aber auch zur Erforschung und Entwicklung von medizinischen Produkten eingesetzt wurden.

Quelle: Bundesverband der Tierversuchsgegner Menschen für Tierrechte e.V. 2.11.11

neues Klimawandelrechenmodell

Prognosen des Zukunftsklimas müssen künftig über das Jahr 2100 hinausreichen. Jetzt wurde ein Prognosemodell bis ins Jahr 2300 mit 4 Klimaszenarien mit hoher Auflösung entwickelt. Die klimapolitische Maßnahmen werden dabei berücksichtigt. Das Modell soll eine Grundlage für Klimamodelle des fünften IPCC-Berichts 2014 liefern.

Bisher bildete das Jahr 2100 die Obergrenze.

Das ungünstigste der 4 Szenarien errechnet für 2300 eine Erhöhung des CO₂-Gehalts auf 2.000 ppm. Das sei mehr als eine eine Verfünfachung der CO₂-Konzentration und hätte einen mittleren Temperaturanstieg um etwa 8 Grad zur Folge.

Quelle: sonnenseite.com 30.9.11

Staatstrojaner

Eine wichtige Barriere des Rechtsstaates zum Schutz der Privatshäre ist der Richtervorbehalt. Nur ein Richter darf bestimmte Freiheiten einschränken. Keinem Polizisten ist es in Deutschland erlaubt, eigenmächtig eine Wohnung zu durchsuchen, einen Verdächtigen festzunehmen oder jemanden heimlich zu überwachen. Der Richter als unabhängiger Beurteiler soll zwischen den Forderungen der Ermittler und den Rechten der Bevölkerung abwägen und nach bestem Wissen entscheiden. Leider aber hat eben dieser Richtervorbehalt im Fall des Bayerntrojaners versagt, genau wie zuvor schon im Fall der zehntausendfachen Mobiltelefonortung in Dresden.

Der Bayerntrojaner war ordnungsgemäß von einem Amtsrichter genehmigt worden, wobei dieser den Polizisten klare rechtliche Grenzen setzte. Doch fiel diesem Richter anschließend nicht auf, dass sich in der Ermittlungsakte 60.000 Bildschirmfotos vom Rechner des Verdächtigen sammelten. 60.000 Fotos, auf denen alles Mögliche zu sehen war, bestimmt aber nicht nur eindeutige Telekommunikationsvorgänge, die allein hätten belauscht werden dürfen.

Auch die Ortung aller Mobiltelefone während mehrerer Demonstrationen in Dresden war von der ermittelnden Staatsanwaltschaft wie gesetzlich vorgesehen beantragt und von einem Richter genehmigt worden. Dem allerdings schon während er die Anordnung unterschrieb hätte klar werden müssen, dass er gerade gestattet, die gesamte Dresdner Innenstadt zu überwachen.

Erstens sind manche Ermittlungsrichter offensichtlich damit überfordert, die Fähigkeiten

der eingesetzten Werkzeuge zu überblicken. Zweitens sind da Ermittlungsbeamte und Staatsanwälte, die im Alltagsgeschäft die richterliche Anordnung schnell einmal selbst formulieren, um ihre Kollegen zu entlasten und die Angelegenheit zu beschleunigen. Der jeweilige Richter muss den Text dann nur lesen und unterschreiben. Das dauert wenige Minuten – betrifft im Zweifel jedoch Zehntausende Menschen. Und es hat nichts mehr mit der Aufgabe des Ermittlungsrichters zu tun, die Grundrechte abzuwägen und zu schützen. In manchem Bundesland, beispielsweise in Sachsen, sind so viele Richterstellen unbesetzt, dass es gar keine eigenständigen Ermittlungsrichter gibt. Im Rotationsverfahren übernehmen verschiedene Amtsrichter diese Aufgabe.

Die CDU schlägt nun vor, die Richter entsprechend weiterzubilden. Das wäre ganz bestimmt gut. Noch besser aber wäre es, ihnen die Zeit zu geben, über das nachzudenken, was sie unterschreiben. Diese Zeit bekommen sie jedoch nicht.

Quelle: zeit.de

Ursprung von EHEC

Im Mai und Juni erkrankten in Deutschland fast 4000 Menschen an schwerem Durchfall, 855 bekamen ein hämolytisch-urämisches Syndrom und 53 starben. Der EHEC-Ausbruch war ungewöhnlich stark, der Erreger besonders aggressiv. Schuld war wohl Bockshornklee-Samen aus Ägypten, aus dem Sprossen gezogen wurden.

Der Bockshornklee-Samen ist in Ägypten bei der Produktion oder beim Transport mit Bakterien verunreinigt worden. Mehrere Tonnen Samen wurden nach Deutschland geliefert. Nur ein Bruchteil der Charge aber wurde in dem niedersächsischen Gärtnereibetrieb in Bienenbüttel zu Sprossen weiter verarbeitet, wo die Epidemie ihren Anfang nahm.

Denn beinahe alle Infektionsfälle in Deutschland lassen sich zurückverfolgen bis auf den Bio-Hof in Bienenbüttel.

Wichtig ist aber auch eine besondere, erst seit kurzem bekannte Eigenschaft des EHEC Erregers vom Typ O104:H4. Die Bakterien können in eine Art Schlafmodus fallen. Dann sind diese Stämme in einem Status, in dem sie zwar lebensfähig sind, aber sie lassen sich auf den üblichen Nährmedien nicht anzüchten und damit auch nicht nachweisen. Das könnte erklären, warum viele Tests nichts ergaben.

Bei einer Begutachtung des Betriebes fielen vor allem zwei kritische Stellen auf: Zum einen verfügt der Gärtnereibetrieb über einen eigenen Brunnen, aus dem das Wasser für die Sprossenzucht gezogen wurde. Im Brunnenhaus befanden sich auch Toiletten. Die Gefahr besteht, dass das Brunnenwasser verunreinigt wird, wenn die Toilettenabflüsse undichte Stellen aufweisen. Zusätzlich gab es nur ein Waschbecken, bevor man in den Produktionsbetrieb hinein ging. Fünf Mitarbeiter entwickelten Infektionen oder waren mit dem Erreger infiziert. Die Sprossen müssen dann mit einer größeren Menge dieser aktivierten und damit aggressiveren EHEC-Bakterien verseucht worden sein.

Die Lebensmittelkontrolle muss verbessert werden. Angesichts eines weltweiten Handels wird es notwendig werden, sich die Produktion auch in anderen Ländern sehr genau anzusehen. Die Hygiene-Regeln müssen strenger werden für Betriebe, die Sprossen und andere Lebensmittel herstellen, die roh verzehrt werden.

Quelle: dradio.de 11.11.11

Giftige T-Shirts

Eine Greenpeace-Untersuchung hat beunruhigende Ergebnisse über Kleidungsstücke aus Fernost hervorgebracht. So befinden sich in 52 von 78 getesteten Textilien aus Geschäften in 18 Ländern Rückstände der giftigen Chemikaliengruppe Nonylphenolhoxylate (NPE). Vier belastete Artikel der Marken Converse (Nike), Kappa, Puma und Li Ning stammen aus deutschen Läden. Nonylphenolhaltige Abwässer belasten das Trinkwasser von Millionen Menschen in Herstellungsländern wie China. Vor allem für Wasserlebewesen ist das aus NPE entstehende Nonylphenol bereits in niedriger Konzentration schädlich. Obwohl in Europa der Einsatz der Chemikalie streng geregelt ist, wird auch hier Nonylphenol durch das Waschen von Importtextilien freigesetzt. Die hormonell wirksame Substanz erreicht so auch den menschlichen Organismus.

Textilfabriken in Billiglohnländern produzieren 90 Prozent der weltweit verkauften Bekleidung - häufig unter geringen Umweltauflagen. Die Sportartikelhersteller Puma und Nike haben sich jedoch bereits mit den Greenpeace-Forderungen einverstanden erklärt. In der EU dürfen Importtextilien nur 0,1 Prozent - dies entspricht 1000 mg pro Kilo - Nonylphenol enthalten. Ein auf den Philippinen hergestelltes und verkauftes Converse T-Shirt wies im Greenpeace-Test jedoch 27.000 mg Nonylphenol auf.

Quelle: Greenpeace, sonnenseite.com 24.8.11

Waschmaschinen setzen Plastikpartikel frei

Haushalts-Waschmaschinen gehören zu den wichtigsten Verschmutzern der Meere mit kleinen Plastikpartikeln. Sie setzen winzige Fasern aus Polyester und Acryl frei, kleiner als ein Stecknadelkopf, die an den Küsten angeschwemmt werden. Aufgrund der synthetischen Polymerstruktur bleibt Plastikmüll mit seinen potenziell schädlichen Inhaltsstoffen bis zu Jahrzehnte erhalten. Je kleiner die Teilchen, desto leichter gelangen sie in den Körper von Tieren, lagern sich dort ab und können über die Nahrungskette auch vom Menschen aufgenommen werden.

Die Fasern, die beim Waschen freigesetzt werden, entsprechen in ihrer Form genau jenen, die auch an den Küsten zu finden sind. Pro Waschvorgang und Kleidungsstück werden über zu 1.900 dieser Fasern ausgespült. Das Plastikpartikel-Problem wird in Zukunft noch zunehmen, so die Prognose der Forscher. Entgegensteuern könne man ihm am besten, wenn in der Gestaltung von Kleidung und auch von Waschmaschinen stärker darauf geachtet wird, dass beim Reinigen möglichst wenige Fasern in den Abfluss gelangen. Zudem gelte es auch, Methoden zu entwickeln, die Mikroplastik aus dem Abwasser filtern können.

Quelle: sonnenseite.com 28.10.11

Emissionshandel

80% der Emissionszertifikate sind für Industrieanlagen weiterhin kostenlos. Diese Menge wird aber bis 2020 auf 30% gesenkt. Kraftwerke müssen ihre Zertifikate zu 100% ersteigern, Damit werden die EU-Vorgaben in deutsches Recht für die Handelsperiode von 2013 bis 2020 umgesetzt. Europaweit dürfen nach Angaben des Umweltbundesamtes im Jahr 2013 etwa zwei Mrd t CO₂ ausgestoßen werden. Danach wird die zulässige Obergrenze um jährlich 1,74% abgesenkt.

Für die Zuteilung der kostenlosen Zertifikate soll ab 2013 die Energieeffizienz der betroffenen Industrieanlagen ausschlaggebend sein. Künftig soll sich demnach die

Zuteilung für die Industrieanlagen an den effizientesten Anlagen in ganz Europa orientieren.

Quelle: klimaretter.info 24.8.11

Fiskalunion EU 26 und Camerons Veto

Die britischen Abgeordneten könnten bei jeder Stellungnahme des EU-Parlaments zu einer Maßnahme der 26 EU-Länder mitwirken. Aber das EU-Parlament hat also sowohl bei den Aushandlungen des neuen EU-26-Vertrags als auch bei den künftigen Entscheidungen der EU 26 keinen rechtlich bindenden Einfluss, da es außerhalb des Gemeinschaftsrechts angesiedelt wurde, da man sonst die Zustimmung Großbritanniens bräuchte. Bei allen Fragen, auch bei denen nur ein Teil der Mitgliedsstaaten betroffen ist, entscheidet das Parlament als Ganzes.

Im Gipfelbeschluss ist festgehalten, dass so viel wie möglich sekundärrechtlich umgesetzt werden soll. Das heißt, überall da, wo die Mitgliedsstaaten auf der Basis bestehender EU-Verträge über Richtlinien und Verordnungen agieren können, werden sie diesen Weg gehen. Denn auf der Basis eines separaten Vertrages zwischen 17 bis 26 Mitgliedsstaaten können laut Feststellung des Europäischen Gerichtshofs keine Dinge geregelt werden, die im Widerspruch zum Gemeinschaftsrecht stehen. Selbst in Bereichen, in denen der EU-Gesetzgeber noch kein Gemeinschaftsrecht gesetzt hat, aber die Möglichkeit hätte zu regulieren, ist der Weg über separate Verträge verschlossen. Denn in diesen Fällen hat das Gemeinschaftsrecht Vorrang vor anderen Vereinbarungen.

Die klassische Finanzmarktgesetzgebung unterliegt dem Artikel 114 AEUV, also der Binnenmarktgesetzgebung, und da gilt die Mehrheitsentscheidung im Rat und zwar im Mitentscheidungsverfahren mit dem EU-Parlament. Bei der Mehrzahl der Fragen zur Finanzmarktregulierung ist Großbritannien bisher notfalls überstimmt worden. Dagegen konnten sich die Briten nicht wehren. Genau deshalb hat Cameron gefordert, dass in den Fällen der Finanzmarktregulierung das Prinzip der Einstimmigkeit wieder eingeführt wird. Er wollte also ein Blockaderecht, ein Vetorecht bei allen Fragen der finanzmarktrelevanten Gesetzgebung.

Einer der Gründe, weshalb Großbritannien kaum noch Einfluss auf die Finanzmarktgesetzgebung hat, ist der, dass Cameron seine Abgeordneten aus der größten Fraktion des Europäischen Parlaments abgezogen hat. Sie bilden jetzt eine Splitterfraktion am rechten Rand. Dadurch haben die Tories praktisch keinen Einfluss mehr auf das, was im EU-Parlament passiert. Damit machen die beiden großen Fraktionen, also die EVP und die S&D-Fraktion die Sache praktisch unter sich aus. Diesen Mangel, den Herr Cameron selbst mit erzeugt hat, hat er nun versucht dadurch zu beheben, dass er die Anderen erpressen wollte.

Die Finanztransaktionssteuer ist ein anderer Punkt. Steuerrecht kann in der EU nur einstimmig beschlossen werden. Da kann Großbritannien tatsächlich weiter blockieren, allerdings nur für sein eigenes Territorium, denn die anderen Mitgliedsstaaten können den Weg der verstärkten Zusammenarbeit gehen.

Quelle: euractiv.de 14.12.11, Interview mit Klaus-Heiner Lehne (CDU), Vorsitzender des Rechtsausschusses im EU-Parlament

<http://www.euractiv.de/europa-2020-und-reformen/artikel/eu-26-plus-1-separate-fiskalunion-und-ihre-folgen-005742>